

# Links der Havel

Informationen der Partei **Die Linke** in Fürstenberg/Havel - Januar 2025

*Liebe Fürstenbergerinnen und Fürstenberger, Sie halten die siebente Ausgabe unserer Links der Havel in den Händen. Damit wollen wir Sie wieder über die Arbeit der Linken in Fürstenberg/Havel und darüber hinaus informieren.*

*Einen Schwerpunkt bildet dabei wieder die aktuelle Stadtpolitik. Außerdem legen wir der Zeitung ein Blatt mit Informationen über unser Programm und unsere Kandidaten zur Bundestagswahl bei. Wir hoffen, Ihnen damit einen Einblick in unsere Arbeit für die Stadt geben zu können! Wir wünschen Ihnen eine informative Lektüre!*

*Noch ein Tipp: Auf unserer Website [www.links-der-havel.de](http://www.links-der-havel.de) finden Sie die bisher erschienenen Ausgaben unserer Zeitung und Artikel zu aktuellen Entwicklungen in der Stadt.*

*Wenn Sie Fragen oder Anregungen haben, zögern Sie nicht, mit uns Kontakt aufzunehmen!*

*Ihr Andreas Intress*

## **Hortgebäudeerweiterung Bredereiche**

Im November haben die Stadtverordneten einen Erweiterungsbauprojekt für das Hortgebäude in Bredereiche auf den Weg gebracht. Vorgesehen sind ein Speiseraum mit abgetrennter Verteilküche, bedarfsgerechte Sanitärräume, ein großzügiger Eingang und Garderoben, ein barrierefreier Zugang und behindertengerechtes WC, zusätzliche Lagermöglichkeiten und ein verbesserter Zugang für die Eltern vom Parkplatz. Damit wird die Schulspeisung aller Schüler in einem Mittagsband möglich. Die durch die Auslagerung der Essensversorgung in den Erweiterungsbau freiwerdenden Räumlichkeiten im Schul- und Hortgebäude sollen im Sinne des Ganztags für zusätzliche Lern- und Freizeitangebote (Förder-, Freizeit- und Kreativangebote) genutzt werden.

Dies wurde möglich durch ein Ganztagsförderprogramm des Landes und ist ein Glücksfall für die Stadt. Der Ortsbeirat Bredereiche hat dem Projekt nicht zugestimmt, weil er sich einen Ersatzbau gewünscht hat. Dies wäre jedoch angesichts der Finanzlage der Stadt auf Jahre nicht finanzierbar gewesen. Unser linker Stadtverordneter Andreas Intress hat in der Sitzung dafür geworben, diese Planung zum Wohl der Kinder auf den Weg zu bringen.

## **Mensa für die Drei-Seen-Grundschule**



*Hier entsteht die neue Mensa.*

Im November haben die Stadtverordneten auch den Bau einer Mensa für die Drei-Seen-Grundschule beschlossen. Auch hier sind der Stadt Fördergelder für die Ganztagsbetreuung in Aussicht gestellt worden. Damit würden 70% der ca. 3 Mio Euro Baukosten vom Land übernommen.

Was gut klingt war dennoch nicht unumstritten unter den Stadtverordneten. Obwohl es bereits einen Grundsatzbeschluss der Stadtverordneten gab, dass die Mensa als Verteilküche hergerichtet wird, die Option einer Küche in der vor Ort gekocht werden kann, jedoch in der Planung vorgesehen und baulich vorbereitet werden soll, sorgte genau diese Frage erneut für Debatten. Und auch der genaue Ort des Baus war umstritten. Die Planung der Verwaltung sieht vor, dass die alte Turnhalle abgerissen und an dieser Stelle die Mensa errichtet wird. Einige Fraktionen wollten nun die Turnhalle stehen lassen und stattdessen an einem anderen Ort bauen.

Unser Stadtverordneter Andreas Intress wies darauf hin, dass es sinnvoll ist, die Turnhalle abzureißen und dort zu bauen. Einerseits weil damit auch die Abrisskosten mit gefördert werden und der Stadt damit später keine weiteren Kosten für den Abriss entstehen und andererseits weil so gesichert ist, dass noch Platz für einen ggf. später benötigten Erweiterungsbau der Schule bleibt.

Schlussendlich folgten die Stadtverordneten der vorgelegten Planung der Verwaltung, sowohl hinsichtlich des Ortes als auch hinsichtlich der Frage der Verteilküche mit Option der späteren Erweiterung zur Kochküche. Wir freuen uns, dass dieser Mensabau nun in Angriff genommen wird.

## **Verfehlte Wohnungspolitik der SVV – mit fatalen Folgen für die Mieter**

Die Häuser in der Brandenburger Straße 25 bis 27 sind im Oktober für 360.000 Euro zwangsversteigert worden. 1200 qm vermietbare Fläche in 14 Wohneinheiten, fast alle bereits saniert, mit direktem Seezugang und der Möglichkeit der Errichtung weiteren Wohnraums auf insgesamt 4600 qm Grundstücksfläche. Ersteigert hat die Häuser eine Immobilienfirma aus Frankfurt am Main. Und die hat nun auch gleich mit dem begonnen, was zu befürchten war: Ein Teil der Mieter der Häuser werden ihre Wohnungen verlieren, sie wurden gekündigt. Die Nutzung der Gärten auf dem Grundstück wurde durch die neuen Besitzer untersagt.

Das alles wäre verhinderbar gewesen. Wir hatten als Fraktion Die Linke/EB Kuhlmann im September im Werksausschuss des KOWOBE beantragt, dass die Stadt prüft in das Bieterverfahren einzusteigen bzw. bereits im Vorfeld der Versteigerung mit den Gläubigern über einen Kauf zu verhandeln. Geld wäre da gewesen, die Rücklagen des KOWOBE liegen bei knapp 1 Million Euro und für ein solches Objekt bekäme man auch jederzeit eine Bank-Finanzierung. Abgelehnt wurde dieses Ansinnen von CDU und AfD, die anderen Fraktionen haben sich enthalten.

Die Gründe für die Ablehnung unseres Antrages waren fadenscheinig: zu wenig Zeit, Aufwand, der Markt regelt das schon usw. Und auch KOWOBE und Stadtverwaltung machten deutlich, dass sie keine Handlungsnotwendigkeit sehen.

Was für eine Chance für die Stadt wurde damit vergeben? Die Stadt verkauft seit Jahren eine in ihrem Besitz befindliche Immobilie nach der anderen – und verfrühstückt die Einnahmen im laufenden Haushalt. Hier wäre die Möglichkeit gewesen, bezahl-

baren Wohnraum für die Fürstenbergerinnen und Fürstenberger dauerhaft zu sichern, den Mietern in den Häusern Schutz vor Mietsteigerungen oder Kündigungen zu geben und seit Jahren leerstehende Wohnungen dem Fürstenberger Wohnungsmarkt zu bezahlbaren Mieten wieder zuzuführen. Und obendrein hätte auf dem Gelände zielgruppenspezifischer Wohnraum bspw. für ältere Menschen oder junge Familien geschaffen werden können – zentrumsnah, wo der Bedarf am höchsten ist. All dies wurde nicht einmal versucht!

Diese Chance ist nicht nur vertan worden, die Ablehnung unseres Antrages hat nun fatale Folgen – und das müssen die Stadtverordneten, die dem Antrag nicht gefolgt sind, nun vor allem den Mietern in diesen Häusern erklären. Die stehen jetzt nämlich vor dem Problem, schnell eine neue, bezahlbare Wohnung zu brauchen.

Als in der Sitzung der SVV im Dezember ein betroffener Mieter in der Einwohnerfragestunde von der Situation berichtete, fanden genau die, die es vorher abgelehnt hatten, nur dünne Worte des Bedauerns. Hilfe können die Mieter wohl von Seiten der CDU und der AfD nicht erwarten. Unser linker Stadtverordneter Andreas Inness machte deutlich, dass er von der Stadt erwartet, dass zusammen mit dem KOWOBE Lösungen gefunden werden, um den betroffenen Mietern schnell und affektiv zu helfen.

Und wir sind als Linke selbst aktiv geworden und konnten einem Mieter, der zu Ende Februar seine Wohnung verliert, dabei helfen, eine neue Bleibe zu finden. Für die Zukunft wünschen wir uns, dass solche Chancen für bezahlbaren Wohnraum nicht so leichtfertig vertan werden, wie hier geschehen.



## Was war los in der SVV?

Der Anfang einer Wahlperiode ist immer spannend. Die im Mai gewählte neue Stadtverordnetenversammlung (SVV) hat zwar nur wenige neue Gesichter, dennoch muss geklärt werden, welche Ausschüsse gebildet werden und wer diese besetzt, weitere Funktionen müssen vergeben werden und nicht zuletzt muss geklärt werden, wie die Zusammenarbeit organisiert wird usw.

Das alles hat die SVV nun geklärt. Wir bedauern sehr, dass unser Vorschlag, einen Stadtentwicklungsausschuss zu bilden, keine Mehrheit gefunden hat. Es stehen so viele Fragen zur Stadtentwicklung an: die weitere Gestaltung des Verkehrsraums, die Stärkung der Attraktivität der Innenstadt, die Sicherung bezahlbaren Wohnraums, die Weiterentwicklung des Tourismusstandortes oder auch der strategische Umgang mit erneuerbaren Energien - all diese Fragen wären in einem solchen Ausschuss gut aufgehoben gewesen.

Eine weitere Entscheidung der Stadtverordneten bedauern wir: Die SVV und ihre Ausschüsse werden künftig nicht mehr einmal im Monat tagen sondern nur noch alle sechs bis acht Wochen. Bereits jetzt sind die Sitzungen vollgestopft mit vielen Themen,

## Kooperation mit Oberhavelkraft abgelehnt

Seit Jahren geht es nicht voran, wenn es um die Installation von Solaranlagen auf öffentlichen Gebäuden der Stadt geht. Zwar sagen alle Fraktionen in der SVV, dass das endlich etwas passieren soll, wenn es konkret wird, wird aber blockiert.

So erging es jetzt der Initiative, eine Kooperation mit Oberhavelkraft e.G. einzugehen. Dies ist eine Genossenschaft aus Fürstenberg, die es sich zum Ziel gesetzt hat, erneuerbare Energien in der Region nach vorn zu bringen. Die Beschlussvorlage der Verwaltung sah vor, dass die Stadt eine grundsätzliche Zusammenarbeit zur Planung, Errichtung und zum Betrieb von Solaranlagen auf öffentlichen Gebäuden eingetht. Das hätte für die Stadt mehrere Vorteile gehabt: der Aufwand in der eh schon überlasteten Bauverwaltung wäre sehr gering gewesen, die Genossenschaft hätte sich auch um die Finanzierung gekümmert und die Stadt hätte über die Pacht oder Strompakete finanziell vom Betrieb der Anlagen profitiert. Gleichzeitig war im Beschluss vorgesehen, dass die Stadtverordneten dennoch über jedes einzelne vorgeschlagene Projekt entscheiden.

Der Bauausschuss hat intensiv über die Beschlussvorlage beraten und eine Änderung vorgenommen, die sich vor allem darauf bezog, dass einige Klarstellungen, was die Stadtverwaltung der Genossenschaft zur Umsetzung zuarbeiten soll, in den Beschlusstext aufgenommen wurden. Nach dieser

die nicht immer in der notwendigen Tiefe beraten werden können. Weniger Sitzungen - die vor allem von CDU und AfD forciert wurden - werden nicht dazu führen, dass die Arbeit der SVV effektiver wird. Im Gegenteil ist zu befürchten, dass noch mehr Entscheidungen gefällt werden, die nicht bis zum Ende durchdacht sind und wichtige Diskussionen für die Stadtentwicklung gar nicht erst geführt werden.

Die SVV hat in den vergangenen Monaten aber auch schon einige inhaltliche Entscheidungen getroffen. So wurde ein Mensabau für die Grundschule in Fürstenberg und die Erweiterung des Hortgebäudes in Bredereiche (siehe S. 1) auf den Weg gebracht. Gut für unsere Kinder, dass es hier voran geht. Außerdem wurde nach langen Debatten der Bau des Parkplatzes am Yachthafen beschlossen (siehe S. 4).

Bisher macht uns in der SVV vor allem Sorgen, dass immer wieder formale Schwächen in der Sitzungsleitung der Vorsitzenden dazu führen, dass im Ausschuss geänderte Vorlagen nicht vorliegen oder auch nicht abgestimmt werden und die Sitzungen dadurch unnötig chaotisch verlaufen. Hier wünschen wir uns Abhilfe und haben bereits angeregt, dass dazu eine Schulung stattfindet.

Änderung befürwortete der Ausschuss die Initiative. In der SVV herrschte dann aber ein anderer Wind. Der im Ausschuss geänderte Beschlusstext lag gar nicht vor, was die Vorsitzende der SVV aber nicht dazu brachte, diesen durch die Verwaltung vorlegen zu lassen. Nicht zum ersten Mal wird so die Arbeit eines Ausschusses zur Farce gemacht.

Die CDU erklärte, dass sie eine solche Kooperation nicht wolle - ohne zu sagen, wie es anders endlich voran gehen kann. Und die AfD erklärte, dass sie ebenfalls die Vorlage ablehnen würden - ohne Begründung - und der Bauausschussvorsitzende Herr KleBny (AfD) beantragte dann gleich noch, die Diskussion zu beenden, man habe ja im Bauausschuss genug beraten.

Zu unserer Überraschung folgten diesem Antrag auf Schluss der Debatte alle anderen Fraktionen und so war es unserem Stadtverordneten Andreas Inness nicht mehr möglich, zu dem Antrag zu sprechen und auch nicht darauf hinzuweisen, dass formal korrekt über die Beschlussempfehlung des Ausschusses abgestimmt werden müsste.

Er enthielt sich daraufhin. CDU und AfD lehnten mit ihrer Mehrheit wie angekündigt diese Initiative ab. Und damit steht nun weiter in den Sternen, wann es endlich soweit ist, dass auf öffentlichen Gebäuden in Fürstenberg Solaranlagen installiert werden.

## Parkplatz am Yachthafen - Die Entscheidung

Über Monate beschäftigte der geplante Parkplatz am Yachthafen die Stadtpolitik und wir berichteten auch hier in der Zeitung sowie in unserem Blog [www.links-der-havel.de](http://www.links-der-havel.de) mehrfach dazu.

Die Positionen lagen weit auseinander in der Stadtpolitik wie in der Bevölkerung: zu teuer und unnötig sagten die einen, unbedingt nötig die anderen und wieder andere hielten den Standort für falsch. Es ist jedoch nicht ganz so einfach, wie oft dargestellt. Klar war: Das Grundstück wurde von der Stadt im Wege des Vorkaufsrechts für die Errichtung des Parkplatzes erworben. Es hätte zurückgegeben werden müssen, wenn dort kein Parkplatz errichtet worden wäre. Und da hängen im Rahmen des Programms Aktive Stadtzentren Fördermittel dran, die zu diesem Zeitpunkt auch nicht einfach auf ein anderes Projekt umgeschichtet werden konnten. Eine Entscheidung gegen den Parkplatz hätte zudem auch Auswirkungen auf die weitere Umsetzung des Programms zur Stadtentwicklung gehabt und im schlimmsten Fall wäre die Stadtentwicklung aufgrund ausbleibender Förderung zeitweise oder auch dauerhaft zum Erliegen gekommen.

Als Fraktion Die Linke/EB Kuhlmann haben wir deshalb gesagt, ok, wenn das alles so ist und man um den Bau des Parkplatzes zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr drumherum kommt, dann soll er wenigstens auch einen Mehrwert für den Radtourismus haben. Deshalb haben wir dazu schon vor Monaten einen Kompromissvorschlag unterbreitet. Dieser sah vor, die Stadtverwaltung zu beauftragen, die Planung des Parkplatzes zu überarbeiten. Bei der Überarbeitung sollten zusätzliche überdachte Fahrradstellplätze sowie Solartankstellen für E-Bikes und eine zusätzliche Begrünung eingeplant und darüber hinaus ein Konzept zur Parkraumbewirtschaftung vorgelegt werden. Ziel dieses Vorschlages war es, die Akzeptanz in der Bevölkerung für diesen Parkplatz zu steigern, sicherzustellen, dass er tatsächlich durch Gäste der Stadt genutzt werden kann und nicht zum Dauerparken dient und außerdem mit dieser erheblichen Investition auch der Fahrradtourismus gestärkt wird.

Bereits im Bauausschuss zeichnete sich eine Zustimmung zu unserem Kompromissvorschlag ab. Und in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung (SVV) Ende Oktober wurde die von der Verwaltung nach den Vorschlägen der Fraktion Die Linke/EB Kuhlmann überarbeitete Planung beschlossen.



*Ort des geplanten Parkplatzes am Yachthafen*

Vorher gab es noch einen Antrag der Fraktion Pro Fürstenberg/AFO, die Bürgerinnen und Bürger zu diesem Projekt zu befragen. Wir haben dieses Ansinnen in der SVV abgelehnt, nicht etwa, weil wir Bürgerbeteiligung nicht wichtig fänden, im Gegenteil. Der Antrag war aber einerseits rechtlich in dieser Form nicht zulässig. Und andererseits kommt eine Bürgerbeteiligung zu diesem Zeitpunkt, wo die Stadt für das Grundstück mit der Zweckbindung Parkplatz ihr Vorkaufsrecht ausgeübt hat, wo die SVV die Planung bereits beauftragt hat und die Fördermittel für das Projekt eingeworben sind, wo also auch schon richtig Geld ausgegeben wurde, einfach zu spät. Eine Bürgerbeteiligung hätte zu Beginn des Prozesses stattfinden müssen, als die SVV die Projekte festgelegt hat, die im Rahmen des Programms Aktive Stadtzentren umgesetzt werden sollen. Zum jetzigen Zeitpunkt wäre eine Befragung zur Farce geworden und hätte nur für Frust gesorgt.

Mit der Entscheidung der SVV steht nun fest: der Parkplatz wird gebaut, es ist aber eine stärkere Begrünung vorgesehen, so dass er weniger störend im Stadtbild ist. Zumindest ein Teil der Bäume, die für die Zufahrt abgeholzt wurden, werden nun am Parkplatz neu gepflanzt. Sichergestellt ist jetzt außerdem das überdachte Fahrradstellplätze errichtet und solarbetriebene Lademöglichkeiten für E-Bikes geschaffen werden. Damit ist nun gesichert, dass diese Investition nicht nur Autofahrern nützt, sondern eine weitere touristische Säule, die immer wichtiger für unsere Stadt ist, gestärkt wird.

Offen war aus unserem Kompromissvorschlag nur noch die Parkraumbewirtschaftung, die sichert, dass vor allem Kurzzeitparken attraktiv gemacht und Dauerparken verhindert wird. Dazu haben wir im November einen Antrag eingebracht, der auch beschlossen wurde.

## Kontakt

So erreichen Sie uns:  
E-Mail: [aintress-linke@intress-net.de](mailto:aintress-linke@intress-net.de)  
Web: [www.dielinke-fuerstenberg.de](http://www.dielinke-fuerstenberg.de)

## Impressum

V.i.S.d.P.: Andreas Intress, Brandenburger Str. 49, 16798 Fürstenberg  
Mail: [aintress-linke@intress-net.de](mailto:aintress-linke@intress-net.de)  
Satz und Gestaltung: Andrea Johlige  
Auflage: 3 000 Stück